

Die kriegswirtschaftliche Kommission über die Baumwollzentrale.

Wien, 12. April.

Die gemeinsame kriegswirtschaftliche Kommission setzte in der heute unter Vorsitz des Obermanns Seitz und in Anwesenheit des Generalkommissärs für Kriegs- und Übergangswirtschaft Riedl sowie von Vertretern der beteiligten Ministerien abgehaltenen Sitzung die Verhandlung über die Baumwollzentrale fort.

Hg. Dr. Fergabel sagt, in der Rede des Präsidenten der Baumwollzentrale, Ruffler, sei besonders bemerkenswert, daß er zugegeben habe, die Baumwollzentrale habe die Aufgabe, die Bevölkerung mit Bedarfsartikeln zu versorgen, nicht erfüllt. Auf dem Gebiete der Produktionsförderung habe sich die Baumwollzentrale nur auf die Förderung der Erzeugung von Papiergarnen beschränkt. Es gebe jedoch auch noch andere Stoffe für die Bekleidung, man habe insbesondere auf die Förderung der Schafzucht und des Flachsaues einwirken sollen. Es sei nicht zu begreifen, warum man sich in der Baumwollzentrale über die Interpellation des Herrenhausmitgliedes Hugo Fürsten Windisch-Graetz so sehr aufgeregt habe, in welcher ja nur die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß angesichts des Käuferlaufs durch die Baumwollzentrale ihre Tätigkeit eine dauernde werden könnte. Daß die Baumwollzentrale jedenfalls für die Zukunft eine weitere umfassende Tätigkeit plane, beweise der Umstand, daß die Ausmietung der Wiener der neugekauften Häuser erst im Jahre 1919 stattfinden solle. Wahrscheinlich handle es sich bei diesem Ausbau der Tätigkeit um eine weitere Vergrößerung der Papiergarnherstellung, wodurch die Bevölkerung gezwungen werden soll, Kleider aus Papiergarn zu tragen, wenn auch die Möglichkeit bestehe, Baumwolle zu importieren. Es sei dringend zu wünschen, daß die Baumwollzentrale, wenn schon nicht anders, so bei Kriegsende aufgelöst werde. Redner stellt schließlich eine Reihe von Anfragen, darunter, wie sich die maßgebenden Faktoren zu der von der Baumwollzentrale oder wenigstens mit ihrer Unterstützung durchgeführten Vertreibung der Papierherzeugung verhalten? Ob insbesondere an Maßnahmen gedacht sei, um einen Abfall der unerschwinglich gewordenen Papierpreise herbeizuführen und den während des Krieges aus preissteigernden Motiven wiederholt geübten Nachwirkungen, einen Papiermangel künstlich hervorzurufen, einen Riegel vorzuziehen.

Hg. Dr. Freißler bedauert, daß die Regierung zu den in der letzten Zeit, namentlich in Wien ohne Sachkenntnis unternommenen Versuchen, die Bevölkerung zu einer Opposition gegen die heutigen Formen der Kriegswirtschaft aufzustacheln, bisher nicht die richtige Haltung gewonnen habe, daß vielmehr einige Regierungsaussagen, wie namentlich die letzten in die Öffentlichkeit gedrungene Erklärung des Ministerpräsidenten eher angetan seien, die Verwirrung im Urteil der Öffentlichkeit über die kriegswirtschaftlichen Organisationen zu vergrößern. Das freie Spiel der Kräfte, die Wiederherstellung der im Jahre 1914 verlassenen Wirtschaftsformen, wird auf sehr lange Zeit hinaus und auf manchen Gebieten wahrscheinlich für immer ausgeschlossen bleiben müssen. Trotz der Schwierigkeiten, unter denen die Kriegszusammenhänge entstanden sind, haben sie aber doch ungeheure Aufgaben geleistet. Redner erwähnt unter anderem, es werde behauptet, daß es einen Kreis von Personen gebe, der von den Verfügungen, die auf dem Gebiete der Baumwollbewirtschaftung von einschneidender Wirkung auf die Besitzer von Ware sind, nicht nur vorzeitig Kenntnis hatte, sondern aus dieser Kenntnis sehr wesentliche geschäftliche Konsequenzen zu ziehen wußten. Auch das Geschäft nach Ungarn sei vielfach von solchen Vorwissen beeinflusst und große Warenschiebungen hätten stattgefunden. Er erörtert weiter die Arbeiterfürsorge in der Baumwollindustrie, verweist auf die ungenügende privatrechtliche Fundierung der Baumwollzentrale und bespricht sich über die Tonart, die Organe der kriegswirtschaftlichen Organisationen im Verkehr mit dem Publikum anwenden.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung wird die Beratung wieder fortgesetzt.

Hg. Lewicki bemerkt, daß die Zentralen im allgemeinen, die Baumwollzentrale im besonderen sich in Galizien nicht bewährt hätten, wo große Mißstimmung gegen die Zentralen bestehe. Er könne deshalb nicht dafür einreten, daß diese Zentrale auch nach dem Kriege bestehen bleibe.

Hg. Friedmann bemerkt, er könne sich mit der Agitation, wie sie in der jüngsten Zeit gerade in Wien gegen die zentrale Bewirtschaftung eingesetzt habe, in gar keiner Weise identifizieren. Bei dem stets zunehmenden Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot während des Krieges wäre man ohne eine angelegentliche zentrale Bewirtschaftung nicht gekommen. Was die Entwicklung nach dem Kriege betreffe, so werde wohl noch lange Zeit eine staatliche Kontrolle notwendig sein; daß wir aber erst im Anfang der Organisationsentwicklung stehen, könne er nicht zugeben, ebensowenig, wie er sich kein endgültiges Urteil darüber erlaube, wie lange eine solche staatliche Kontrolle notwendig sein werde. Was insbesondere die Baumwollzentrale anbelange, so anerkenne er, daß sich die Leitung dieser Zentrale dadurch große Verdienste erworben habe, daß sie bald nach Kriegsausbruch die Notwendigkeit gewisser Maßnahmen erkannt, sie durchgeführt habe und daß es so möglich war, während des Krieges mit den vorhandenen Mitteln auszukommen. Es habe

mit zur Unmöglichkeit gegen die Baumwollzentrale beigetragen, daß im Kriegsverbande und in der Baumwollzentrale dieselben Persönlichkeiten seien. Redner stellt sodann eine Reihe von Anfragen.

Präsident der Baumwollzentrale Ruffler polemisiert gegen den Artikel des Abgeordneten Fergabel und einen von diesem erwähnten Artikel der Reichenberger Zeitung, dessen Verfasser sich übrigens unter den geladenen Experten befindet. Es könne einwandfrei nachgewiesen werden, daß irgendein Zusammenhang der geschäftlichen Erfolge der Vereinigten Oesterreichischen Textilindustrie-Aktiengesellschaft mit der Geschäftsführung der Baumwollzentrale nicht bestehe. Die geschäftlichen Erfolge, welche diese Gesellschaft erzielt hat, sind in den Jahren 1914 und 1915 erzielt worden, auf eine Art, die das Licht der Öffentlichkeit durchaus nicht zu scheuen braucht, nämlich dadurch, daß zu einer Zeit, wo Baumwolle in Amerika noch zu haben war, diese in Amerika angekauft, und auf die Gefahr, daß die Schiffe von Engländern und Franzosen gekapert werden, nach Oesterreich hereingebracht wurden. Bezüglich der Interpellation des Herrenhausmitgliedes Fürsten Windisch-Graetz, betreffend den Käuferlauf der Baumwollzentrale, bemerkt Redner, daß er in dem an den Fürsten Windisch-Graetz gerichteten offenen Briefe nur gefragt habe, ob ihm irgendwelche Tatsachen bekannt seien, die ihn zu dem Vorwurf veranlaßten, daß diejenigen Personen in der Zentrale, die über die Verteilung des Rohmaterials zu entscheiden haben, überaus große Reichtümer ansammeln. In einer persönlichen Unterredung habe ihm Fürst Windisch-Graetz mitgeteilt, daß ihm kein derartiges Material bekannt sei, sondern daß er lediglich seiner politischen Ansicht Ausdruck gegeben habe. Schließlich des Käuferlaufes der Baumwollzentrale verweist Redner auf seine in der letzten Sitzung gemachten Ausführungen und erklärt, der Käuferlauf sei durch die fast unhaltbaren Baumwollverhältnisse, unter denen die Organisationen der Baumwollindustrie gegenwärtig arbeiten, veranlaßt worden. Redner bemerkt weiter, die Baumwollzentrale, beziehungsweise der Kriegsvorstand, gedanke nicht, ihre Tätigkeit einen Tag länger auszuhalten, als sie dazu genötigt und verpflichtet sind. Denn ihre jetzige Tätigkeit bedingt nicht anderes als eine Einschränkung und Drohung der Industrie im öffentlichen Interesse. In eine Drohung der Baumwollindustrie im allgemeinen wurde niemals gedacht, im Gegenteil, alle Bestrebungen der Zentrale sind darauf gerichtet, so rasch und so viel als möglich, Baumwolle heranzuziehen. Die Betriebe der Mitglieder der Zentrale sind auf die Bearbeitung der Baumwolle eingerichtet und können nur unter großen Schwierigkeiten und mit Hintanhaltung der massenhaften Einrichtungen für Papier verwendet werden. Die Baumwollzentrale habe aber auch bereits Vorkehrungen getroffen, um mindestens für den ersten Moment Baumwolle nach Oesterreich zu bringen. Die Absicht der Zentrale gehe nicht dahin, auf eine Ausdehnung der Verwendung von Papierware zu Bedarfszwecken hinzuwirken, im Gegenteil; sie sei sich aber dessen bewußt, daß, so lange nicht genügend anderes Textilmaterial vorhanden ist, Papier werde mit herangezogen werden müssen. Der vom Abgeordneten Dr. Freißler erwähnte Vorwurf, daß die Warenvorräte zu spät ersetzt wurden, sei leider richtig.

Redner gibt Aufklärungen über die Preisbildung. Die Geheimhaltung von Verordnungen ist außerordentlich schwer, wenn Interessenten befragt werden sollen. Denn in dem Augenblicke, wo einem etwas größeren Kreise eine Angelegenheit mitgeteilt wird, geht das Gefühl der Verantwortung für die Geheimhaltung verloren. Es sei gewiß nicht zu bestreiten, daß die vom Hg. Dr. Freißler angeführte Firma, die in keiner Beziehung zur Baumwollzentrale steht oder gestanden ist, auf irgendeinem Wege in Kenntnis des Umstandes gekommen ist, daß der Ankaufsweg für Baumwolle bevorzucht. Wenn jemand, ohne den genauen Wortlaut der Verordnung zu kennen, gewußt hat, daß mit aller Wahrscheinlichkeit eine solche Verfügung in absehbarer Zeit zu erwarten sei, kann er veranlaßt worden sein, seine Ware zu verkaufen. Ausgeglichen wurde die Angelegenheit dadurch, daß nachträglich die Gestehungskosten der auf Grund dieser Verfügung abgelieferten Waren als Vergütungsbasis anerkannt wurden. Bezüglich der Preise der Papiergarnen bemerkt Redner, daß solche amtlich nicht festgestellt seien. Erste Voraussetzung hierfür sei die Feststellung von Höchstpreisen für Papier. Selbst wenn dies für inländisches Papier geschehe, sei dies in der Praxis von geringerer Bedeutung, da nur 15 Prozent der erzeugten Papiergarnen aus inländischem Papier hergestellt werden. Im C. vernehmen mit der in Betracht kommenden Industrie lege das Kriegsministerium jetzt seinen Kalkulationen bestimmte Preise zugrunde und die Baumwollzentrale habe den Mitgliedern empfohlen, diese Preise als Richtschnur zu nehmen.

Auf eine Anfrage des Hg. Friedmann, ob die Beschlagsnahme in Oesterreich und in Ungarn gleichzeitig erfolge, erwidert Redner, daß die Verordnungen in beiden Staaten auf derselben Basis, in Ungarn aber leider in vielen Fällen wesentlich später erlassen seien.

Generalkommissär für Kriegs- und Übergangswirtschaft Riedl beantwortet zunächst die Anfragen des Abgeordneten Dr. Fergabel. Die ersten beiden Fragen beziehen sich, soweit sie die Regierung betreffen, auf die Dauer des Bestandes der kriegswirtschaftlichen Organisationen. Ihre strikte Beantwortung sei jedoch nicht möglich, da sie von der Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege abhänge, die sich gegenwärtig nicht beurteilen lasse. Wir hängen in der Gestaltung unserer Wirtschaft von Bedingungen ab, die von außen an uns herantraten und es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Wirtschaft zur vollen Freiheit des wirtschaftlichen Lebens aus diesem Grunde auch noch einige Zeit nach dem Kriege nicht möglich sein werde. Jedenfalls bestreite er auch auf Seiten der Regierung ebenso wie in der Industrie der lebhafteste Wunsch, sobald als möglich von der Uebernahme an Verantwortung und Arbeit befreit zu werden, das mit der Durchführung der staatlichen Regelung unserer Wirtschaft verbunden sei. Hinsichtlich jener Fragen, die sich auf die Vertausung der Papierindustrie beziehen, verweist der Regierungsvorstand auf die von ihm bei einer früheren Gelegenheit im kriegswirtschaftlichen Ausschusse gegebenen Ausführungen. Von Vertausungsbestrebungen, die mit der Baumwollzentrale oder einzelnen Unternehmungen der Baumwollindustrie zusammenhängen, sei der Regierung nichts bekannt. Wenn einzelne Baumwollspinnereien sich für die Deckung ihres Bedarfs an Spinnpapier Papierfabriken angegliedert hätten, wäre dies eher als eine Abwehr von Vertausungsbestrebungen, wie als deren Begünstigung aufzufassen. Redner geht sodann auf die Erörterung der grundsätzlichen Fragen über, ob das ganze System der Uebertragung von Funktionen der wirtschaftlichen Verwaltung an zu diesen Zwecken gebildete Körperlichkeiten der Industrie richtig sei. Die Negation dieses Systems wäre eine Negation des Prinzips der Selbstverwaltung überhaupt. Das Wesen aller Selbstverwaltung bestehe ja darin, daß in Gemeinde, Bezirk und

Land gewählten Funktionären, die ihre Stellung im praktischen Leben beibehalten, Verwaltungsaufgaben übertragen werden. Dieser Zusammenhang mit dem praktischen Leben und das daraus sich ergebende höhere Maß sachlicher Kenntnis sei der Vorzug der Selbstverwaltung gegenüber der reinen Beamtenverwaltung, die wieder ihrerseits den Vorteil formaler garantierter Unparteilichkeit mit dem Nachteil geringerer Vertrautheit mit den sachlichen Fragen verbinde. Die Regierung bedürfte daher immer wieder des Rates fallweise herangezogener Sachleute. Dieses System hat jedoch den Nachteil, daß entweder einzelne einen völlig unkontrollierbaren Einfluß auf die Entschliessung der Verwaltung üben oder ein zu großer Kreis fallweiser Berater herangezogen werde, die viel weniger unter dem Gefühle der Verantwortlichkeit und der Verpflichtung zur Wahrung des Gemeinwohls stehen als Personen, denen solche Funktionen im Rahmen einer Organisation amtsmäßig übertragen sind. Der Regierungsvorstand könne den kriegswirtschaftlichen Organisationen, mit denen er während der letzten Jahre zu arbeiten Gelegenheit hatte, nur das Zeugnis ausstellen, daß sie sich in der Arbeit vorzüglich bewährt haben. Wenn Wünsche wegen stärkerer Vertretung einzelner Gruppen oder Größenklassen der Industrie geltend gemacht werden, sei die Regierung gerne bereit, im Rahmen der Möglichkeit Rechnung zu tragen. Dagegen könne die Vertretung von Vertretern des Handels in die Organisationen der Industrie nicht in Frage kommen. In diesem Falle müßten schließlich auch wieder Vertreter der verschiedenen Industrien in die Berufsorganisationen des Handels aufgenommen werden und man würde schließlich zu regellos gemischten Organisationen kommen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unfähig wären und jeden sachlichen Charakter einbüßen würden. Die Regierung trachte daher den Interessen der einzelnen Berufsgruppen durch Organisationen in verschiedenen Verbänden und durch deren Zusammenwirken zu sichern. Eine Vertretung des Handels wurde bereits durch die Errichtung des Wirtschaftsausschusses der österreichischen Kaufmannschaft geschaffen, der berechtigt sei, für die Vertretung einzelner Handelszweige Sachverständige und Fachverbände zu bilden. Für den Zusammenhang dieser Vertretungen des Handels mit den einzelnen Kriegsvorständen der Industrie sei durch die Einrichtung der Beiräte und der Bedarfsanmeldestellen, ferner durch die Vereinigung der an bestimmten Fragekomplexen beteiligten wirtschaftlichen Korporationen zu gemeinsamer Beratung Vorsorge getroffen. Was die Auswahl der leitenden Persönlichkeiten betrifft, habe die Regierung nach Möglichkeit auf solche Personen gegriiffen, welche schon in der freien Organisation der Industrie als Vertrauensmänner ihrer Berufsgruppen an die Spitze gestellt worden waren. Es könne der Regierung kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie freiwillig entgegengebrachtes Vertrauen zum Maßstab bei der Wahl zu solchen staatlichen Vertrauensstellungen gemacht habe. Die Erfahrungen haben der Regierung recht gegeben. Wenn Besichtigungen über die Folgen einer Kumulierung der Leitung der Kriegsvorstände und der kaufmännischen Zentralen ausgesprochen wurden, so könne der Regierungsvorstand nur darauf hinweisen, daß es sich in der Erfahrung als außerordentlich Vorteil erwiesen habe, daß die Leitung des kaufmännischen Verbandes und des administrativen Verbandes in dieselben Hände gelegt sei. Er halte sich für verpflichtet, was speziell die Baumwollzentrale betrifft, hervorzuheben, daß das Handelsministerium sich bei jeder Gelegenheit davon überzeugen konnte, daß die Geschäfte dieser Zentrale und des Kriegsvorstandes der Baumwollindustrie ausschließlich vom Standpunkte des öffentlichen Interesses sachgemäß und mit größter Gewissenhaftigkeit geführt wurden. Er könne daher den leitenden Persönlichkeiten des Verbandes an dieser Stelle den wärmsten Dank der Regierung für ihre Tätigkeit aussprechen. Redner beleuchtet sodann die Aufgaben der Baumwollzentrale in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung und bemerkt, es sei klar, daß in dem gegenwärtigen Stadium, welches durch die Erfassung aller vorhandenen Vorräte, durch den Ablieferungsdruck und die Aushaftierung dieser Vorräte für den öffentlichen Bedarf charakterisiert sei, die von Stufe zu Stufe fortschreitende Entziehung der Ware aus dem freien Verkehr taufmännlich die Interessen des wirtschaftlichen Lebens, wie es im Frieden geführt wurde, verletzen und daher Beschwerden hervorrufen müßten, die sich in erster Linie gegen die Maßnahmen zu richten hätten, die jedoch auf jene Organe übertragen werden, welche mit der Durchführung der Maßnahmen betraut sind, nämlich die Baumwollzentrale und den Kriegsvorstand.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittag.